

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

»Zeitenwende ohne Widerstand?«

Am 27. Februar verkündete Bundeskanzler Scholz, der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine markiere eine »Zeitenwende«. Und das bedeute: »Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.« Als Zeitenwende wird in den bürgerlichen Medien aber auch die »entschlossene« Reaktion von Scholz interpretiert:

- Die enorme Aufrüstung der Bundeswehr: Die Rüstungsausgaben sollen auf jährlich mehr als zwei Prozent des BIP steigen und dazu kommt eine Sonderausgabe von 100 Mrd. Euro.
- Deutschland schließt sich den sehr weitgehenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland an.
- Deutschland wird entgegen früherer Bekundungen Waffen an die Ukraine liefern, die gerade vorher noch abgelehnt wurden.
- Um unabhängig von russischem Gas zu werden, sollen zwei Terminals für Flüssiggas aus den USA und Katar gebaut werden. Der Stopp der Gaspipeline Nordstream 2 war zu diesem Zeitpunkt bereits beschlossen.

Das alles ist natürlich keine grundsätzliche Wende. Die Rüstungsausgaben wurden schon in den vergangenen Jahren drastisch erhöht (seit 2014 um über 50 Prozent). Auch Waffenexporte an kriegführende Länder sind keineswegs neu. Und Wirtschaftssanktionen gegen Russland gehören schon länger zum Arsenal deutscher Außenpolitik. Viele Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien zeigen, dass deutsche Außenpolitik auch in der Vergangenheit keineswegs nur auf diplomatische Mittel setzte.

Doch strebte die deutsche Regierung, egal welche Partei die Regierung stellte, stets danach, zu Russland ein einigermaßen gutes Verhältnis zu erhalten und offen für Gespräche zu bleiben. Das entspricht den Interessen der deutschen Bourgeoisie, für die Russland noch immer eine gewisse Rolle spielt.

Aus den USA gab es daher immer wieder kritische Stimmen, die Deutschland eine zu nachgiebige Haltung gegenüber Russland vorwarfen. Deutlich wurde dies vor allem während der Präsidentschaft Donald Trumps. Aber auch die neue Administration machte auf etwas diplomatischere Art deutlich, dass von Deutschland mehr Rüstung und weniger Entgegenkommen an Russland (z. B. bei Nordstream 2) erwartet wird.

Als sich der Konflikt um die Ukraine immer weiter zuspitzte, wurde Olaf Scholz auch von nahezu allen bürgerlichen Medien als Zauderer bezeichnet. Ob konserva-



tiv oder liberal – alle verlangten entschlossenes Handeln, ohne Rücksichtnahme auf russische Befindlichkeiten. Transatlantische Positionen scheinen sich in allen Chefredaktionen von Presse, Rundfunk und Fernsehen durchgesetzt zu haben.

Die Rede von Scholz vom 27. Februar markiert ein Nachgeben gegenüber der veröffentlichten Meinung, vor allem aber gegenüber den Interessen der USA. Der Konfrontationskurs gegenüber Russland wird verschärft und in allen strittigen Fragen wird den US-Forderungen nachgegeben.

Die Anliegen so mancher Wählerinnen und Wähler der Grünen und der SPD werden dabei auf der Strecke bleiben. Schon vor der Kanzlerrede tönte Finanzminister Lindner, Deutschland habe in der Vergangenheit falsche Prioritäten gesetzt und z. B. einen Sozialstaat aufgebaut. Nun aber müsse die äußere Sicherheit Priorität haben.



»Die Waffen nieder!« – Kundgebung in Frankfurt am Main gegen den Überfall auf die Ukraine und gegen die Aufrüstung in Deutschland

Striktere Bestimmungen für Waffenexporte, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurden, sind ebenso obsolet wie der Klimaschutz, wenn russisches Gas durch amerikanisches Flüssiggas ersetzt wird.

Und ist die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet, gibt es kein Halten mehr. Aus allen Ecken erschallen die Rufe nach weiteren Rollen rückwärts: Wiedereinführung der Wehrpflicht, längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, späterer Ausstieg aus der Braunkohle. Und Oppositionsführer Friedrich Merz brachte sogar einen Einsatz der NATO in der Ukraine ins Spiel: *»Es kann eine Situation geben, in der dann auch die Nato Entscheidungen treffen muss, Putin zu stoppen.«*

Nicht alles davon wird so kommen, wie es jetzt propagiert wird. Aber erstaunlich ist es, wie schnell dabei politische und ideologische Überzeugungen über Bord geworfen werden. Die Vorstellung, internationale Konflikte durch Diplomatie lösen zu können, ist seit Willi Brandts Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa und der Friedensbewegung gegen die Stationierung von US-Atomwaffen in den achtziger Jahren eine weitverbreitete Stimmung in der deutschen Bevölkerung. Das stimmt zum Teil mit den Interessen der Herrschenden nach guten Wirtschaftsbeziehungen zu Russland überein. Das alles wird heute als naiv und überholt verunglimpft. Der Friedensbewegung wird sogar die Schuld am russischen Überfall auf die Ukraine gegeben. So hieß es in der »Welt« vom 2.3.2022, die Friedensbewegung habe *»mit ihren Plädoyers für Waffenverzicht und immerwährenden Dialog auch dazu beigetragen die heutige Ukraine einem Angriffskrieg auszusetzen.«*

Die Friedensbewegung¹ reagiert nicht einheitlich auf solche Vorwürfe. Manche scheinen tatsächlich so etwas wie Reue zu verspüren. Andere wissen nicht, wie sie an-

1 Unter Friedensbewegung werden hier nicht die Kundgebungen und Demonstrationen verstanden, die zur Zeit in vielen Orten stattfinden und in Solidarität mit der Ukraine mehr oder weniger deutlich die Politik der Regierung unterstützen. Es werden darunter vielmehr jene Gruppen verstanden, die schon seit vielen Jahren die Militarisierung Deutschlands und die Unterordnung unter die Politik der NATO kritisieren.

gemessen reagieren können und fürchten den Bruch mit dem linksliberalen Milieu. Der Aufrüstung und den militärischen Kämpfen hatten sie immer nur moralische Prinzipien entgegenzusetzen. Jetzt, nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, fällt es ihnen schwer, die Politik der Bundesregierung und der NATO-Staaten mit eben diesen Prinzipien zu kritisieren. Eine entschiedene Opposition gegen die immense Aufrüstung und gegen weitere eskalierende Schritte ist so nicht möglich.

Erfreulich ist es daher, dass die Organisationen der Friedensbewegung klar Position beziehen und sich mit eigenen Kundgebungen gegen den Krieg von den Regierungsparteien abgrenzen.

Ähnliche Diskussionen gibt es auch in der Linkspartei. Vor allem jene, die zu einer Koalition mit SPD und Grünen keine Alternative sehen, wollen keinen abweichenden Standpunkt zum Krieg äußern. In vielen Kommunalparlamenten verurteilen sie gemeinsam mit CDU, FDP, SPD und Grünen den russischen Einmarsch. Damit aber stellen sie ihre frühere Kritik an der NATO-Oster-

Heft Nr. 3 · April 2022 · Jahrgang 62

Zeitenwende ohne Widerstand?	1
Betriebsversammlung bei VW in Braunschweig »Das Letzte, was wir brauchen, ist eine weitere Aufrüstung!«	4
»Wir brauchen Bildung statt Bomben!«	5
Bundestagssitzung im »Kriegsmodus«	7
Früher wie heute: Die Ukraine im Visier imperialistischer Interessen Deutschlands	8
14. Februar 2022 Die sogenannte Ukraine-Krise	11
3. März 2022 Die sogenannte Ukraine-Krise (Teil II) eine Skizze	11
3. März 2022 Vorläufige Thesen zum Ukraine-Krieg	13
Korrespondenz Reaktionen auf den Ukraine-Krieg in Griechenland	14
Gedenken an die rassistischen Morde in Hanau am 19. Februar 2020 »Kein Vergeben, kein Vergessen!«	16

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de



Foto: Ingo Müller

weiterung selbst in Frage. Ob diese Mitglieder der Linkspartei mit einer solchen Einstellung auch konsequent gegen die Politik der »Zeitenwende« vorgehen können, ist zweifelhaft. Die Kritik der Rüstungsausgaben erfordert auch eine Kritik der NATO-Politik.

Nicht besser sieht es im gewerkschaftlichen Spektrum aus. Der DGB schrieb in einer Erklärung vom 2.3.2022: »Die Bundesregierung hat zu Recht verteidigungspolitisch schnell auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine reagiert.« Das 100 Milliardenprogramm für die Bundeswehr wird nicht erwähnt und die dauerhafte Erhöhung des Rüstungshaushalts wird lediglich »nach wie vor kritisch« gesehen, was wohl heißen soll, dass auch das geschluckt wird. Kritik an den Plänen der Bundesregierung kam bisher nur von einigen unteren Gewerkschaftsgremien. Wie bei der Durchsetzung der Hartz-Reformen scheinen die Gewerkschaftsführungen auch jetzt wieder bereit zu sein, einer Politik zum Durchbruch zu verhelfen, die sich gegen die eigenen Mitglieder richtet. Eine entschiedene Ablehnung der vorgesehenen Aufrüstung wurde bisher nur von unteren Gewerk-

schaftsgremien geäußert. Die anstehende Tarifrunde für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsbereichs wird zeigen, wie weit die Gewerkschaften bereit sind, sich den Plänen der Regierung zu unterwerfen. Und es wird sich auch zeigen, wie sich die Mitglieder dazu verhalten.

Heute in Bezug auf den Krieg in der Ukraine Kritik an der Politik der Bundesregierung zu üben, erfordert die Bereitschaft, gegen den Strom zu schwimmen. Aber das muss nicht so bleiben. Die hohen Ausgaben für die Aufrüstung werden an anderer Stelle fehlen. Sozialausgaben, Gesundheitswesen und Bildung stehen zur Disposition. Die Inflation ist schon jetzt sehr hoch und wird durch Krieg und Sanktionen noch weiter steigen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wird zunehmen und sich daraus ergebende Proteste sollten wir nicht der AfD überlassen. Linke und Friedensbewegte sollten daher schon heute auf die sozialen Folgen der vielgepriesenen Zeitenwende hinweisen und die Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg in der Ukraine zum Thema machen.

13. März 2022 ■

Inzwischen mehrte sich der Widerspruch zur von Scholz angekündigten Zeitenwende und den damit verbundenen Aufrüstungsplänen. Davon zeugen die beiden Redebeiträge, die wir im Folgenden abdrucken: Von einem Vertrauensmann der IG Metall bei VW Braunschweig und den eines Berliner GEW-Kollegen auf einer Friedenskundgebung vor dem Brandenburger Tor. Ausdruck ist auch der mittlerweile von Zehntausenden unterschriebene Appell »Nein zum Krieg! Demokratie und Sozialstaat bewahren – keine Hochrüstung ins Grundgesetz!« (derappell.de) Er wurde inzwischen von zahlreichen Kolleg*innen aus den Gewerkschaften unterzeichnet, darunter von vielen aus der Berliner Krankenhausbewegung, die mit ihren Streiks des letzten Jahres für bundesweite Aufmerksamkeit sorgten.





Lars Hirsekorn auf der Betriebsversammlung bei VW Braunschweig · Fotos: IGM Braunschweig

■ BETRIEBSVERSAMMLUNG BEI VW IN BRAUNSCHWEIG

»Das Letzte, was wir brauchen, ist eine weitere Aufrüstung!«

Etwa 2.200 Beschäftigte versammelten sich am 10. März 2022 im Braunschweiger »Eintracht-Stadion« zur Betriebsversammlung. Vier Redner*innen wandten sich gegen eine weitere Aufrüstung und für eine Befriedung der Außenpolitik. Der internationale Klassenstandpunkt (Liebknecht usw.) wurde angesprochen. Der VK-Leiter und die erste Bevollmächtigte der IG Metall haben das Ganze abgerundet, indem sie mit ihrer Sicht der Dinge die Aufrüstung scharf kritisiert haben. In seiner Rede, die wir hier dokumentieren, griff Lars Hirsekorn auf die Erfahrungen eines Bildungsurlaubs in Odessa 2016 zurück. Es gab danach guten Applaus, keine stehenden Ovationen, aber Zuspruch. Das Wichtige war in vielen persönlichen Gesprächen, dass sogar viele alte Sozialdemokrat*innen sehr schockiert über die Aufrüstungsdebatte sind und unbedingt etwas tun wollen. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges wird durchaus gesehen und es gab viele Stimmen, die sich darüber bewusst waren, das uns die nächste Aufrüstungswelle dem nur näher bringt. Hier der leicht geküzte Redebeitrag

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

[...] 2016 wollte ich eigentlich nach Istanbul fahren, um über die politische Situation in der Türkei zu diskutieren. Doch kurz vor der Reise kam dann der Putschversuch. In der darauf folgenden Repressionswelle verschwanden alle unsere geplanten Gesprächspartner entweder im Knast oder sind geflohen.

Etwas ziellos habe ich mich entschieden, stattdessen nach Odessa zu fahren. So ging es im September 2016 mit dem Reiseveranstalter »Ex oriente Lux« zur Perle am Schwarzen Meer. Da ich mich davor nur am Rande mit der Situation in der Ukraine auseinandergesetzt habe, bin ich also in den Buchladen, habe mir zehn Bücher gekauft und fleißig gelesen.

Ihr könnt euch nicht einmal ansatzweise vorstellen, wie froh ich heute bin, dass ich es mir auch hier leisten konnte, vor ein paar Jahren meinen Horizont zu erweitern. Auch wenn ich immer noch etwas ratlos vor euch stehe, so hilft mir diese Reise doch unheimlich, Nachrichten einzuordnen. »Ex oriente Lux« ist Spezialist für Ost-Europareisen und steht dabei den sogenannten Farbenrevolutionen eher positiv gegenüber. Entsprechend waren auch die Leute drauf, mit denen wir uns vor Ort getroffen haben.

Auch wenn ich vorher schon in einigen Büchern gelesen habe, welchen großen Einfluss die ukrainischen Nationalisten bei den Maidan-Unruhen hatten, war ich doch von dem nationalen Größenwahn unserer Gesprächspartner ehrlich überrascht. Schließlich war ja davon auszugehen, dass das gemäßigte Leute waren, mit denen wir uns da trafen. Zu einer friedlichen Verhandlungslösung zum Beispiel im Bezug auf Luhansk und Donezk gab es keinerlei Bereitschaft. Im Gegenteil. Lediglich bedingungslose Kapitulation wurde als Alternative zu einer militärischen Lösung gesehen. Dabei wurde dann auch mehrfach Unverständnis darüber geäußert, warum die Ukraine von Deutschland und der EU nicht endlich Waffen bekäme, um die abtrünnigen Gebiete zu erobern. Auf meine Anmerkung, dass die faschistischen Bataillone innerhalb der ukrainischen Armee absolut inakzeptabel seien, gab es ihrerseits nur die Antwort, das seien die Helden der Ukraine und über jegliche Kritik erhaben.

Wie unsere Gesprächspartner, hat auch die Regierung der Ukraine jegliche Deeskalation abgelehnt. Das Minsker Abkommen wurde von Kiew nie umgesetzt und die Politik der letzten Jahre war nur auf Revanche ausgerichtet. Am Freitag haben die USA öffentlich gemacht, dass sie allein in 2021 Waffen für über eine Milliarde Dollar an die Ukraine geliefert haben.

Zudem werden faschistische Kriegsverbrecher aus dem Zweiten Weltkrieg als nationale Ikonen stilisiert. Die Ukraine ist ein tief zerrissenes Land und die Bundesregierung sollte sofort darauf drängen, dass alle das Land verlassen dürfen, die diesen Krieg nicht mitmachen wollen. Die Deserteure, das sind die Helden dieses Krieges!

Damit will ich in keiner Art und Weise den Angriff Russlands rechtfertigen. Tatsächlich muss ich gestehen, dass ich der russischen Regierung mehr Verstand zugebraut habe. So einen Krieg anzufangen, zeugt von absolutem Größenwahn und einer »nach uns die Sinnflut«-Einstellung gegenüber der gesamten Menschheit.

Menschlich eine Tragödie, politisch eine Katastrophe, ökologischer Wahnsinn.

Ich schildere meine Erfahrungen, um zu verdeutlichen, dass hier keine Waffen helfen.

Dieser Krieg muss gestoppt werden und zwar schnell.

Diplomatie ist das Gebot der Stunde!

Dazu bedarf es einer weltweiten Initiative für eine sofortige Befriedung der Politik.

Jede weitere Bewaffnung wird uns nur weiter an den Abgrund führen.

Jede aggressive Wirtschaftspolitik, wie die der USA, die auf das Plattmachen anderer Staaten abzielt, gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.

Wenn Kanzler Scholz jetzt 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr ausgeben will, dann geht das völlig in die falsche Richtung. Die jährlichen Militärausgaben der NATO Staaten sind jetzt schon vier mal so hoch wie die von China und Russland zusammen.

Auch die Nato-Staaten haben seit Jahren das Völkerrecht und die Vereinten Nationen mit Füßen getreten. Sie haben den Irak und Syrien in Schutt und Asche gelegt, Libyen zerstört und mit deutschen Waffen wird der momentan verheerendste Krieg auf dieser Welt, im Jemen, geführt.

Diese Kriege sind nicht zu gewinnen.

Die Klimakrise wird uns in den nächsten Jahrzehnten alles abverlangen, da ist das Letzte, was wir brauchen, eine weitere Aufrüstung.

Die Waffen nieder, und zwar alle!«

A.B., 21. März 2022 ■

»Wir brauchen Bildung statt Bomben!«

So die Schlussfolgerung eines Lehrers und GEW-Mitglieds, der an einer Schule im Bezirk Neukölln unterrichtet. Seine Rede bei der Kundgebung der Friedenskoordination (Friko) am 18. März vor dem Brandenburger Tor dokumentieren wir am Ende dieser kurzen Schilderung.

Aufgerufen zur Kundgebung hatte die seit 1980 existierende Friko Berlin. Wie eingangs der Veranstaltung erwähnt, gibt es auch innerhalb der Koordination Differenzen in der Einschätzung des Krieges in der Ukraine, so dass sie sich auf folgende Minimalforderungen geeinigt hatte:

- Sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen!
- Keine Waffenlieferungen an die Ukraine!
- Keine Erhöhung des Rüstungshaushalts!
- Keine weitere verbale Aufrüstung!
- Verhandlungen mit dem Ziel von Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland!

Mit ihren Beiträgen versuchten die Redner*innen, darunter beispielsweise Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko (MdB, Die Linke), der Kriegsberichterstattung in den deutschen Leitmedien eine differenzierte, kritische Sicht entgegenzuhalten. Sie verwiesen insbesondere auf die Rolle der Nato und der Bundesregierung bei der Entstehung und Verschärfung der Konfrontation um die Ukraine. So wurde deutlich, worin die Hauptaufgabe der deutschen Friedensbewegung besteht: in der Bekämpfung weiterer Aufrüstung und Kriegsvorbereitung durch die Bundesregierung. Die alte Losung der internationalen Arbeiterbewegung von vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges wird wieder aktuell: Der Hauptfeind steht im

eigenen Land! Auch darauf wurde in verschiedenen Reden hingewiesen. Solidarisch zeigten sich deshalb zahlreiche Redner*innen mit den Friedensinitiativen und Deserteuren in Russland als auch in der Ukraine.

Leider hatten sich nur etwa dreihundert Menschen vor dem Brandenburger Tor eingefunden; junge Leute waren die Ausnahme. Der Friko war es nicht gelungen, über ihr unmittelbares Umfeld hinaus zu mobilisieren. So zeigt sich auch das momentane Kräfteverhältnis, wo Zehntausende moralisch empörte Bürger*innen bereit sind, auf die Straße zu gehen – hauptsächlich gegen Putin – und nur eine Minderheit von ihnen die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung durch die BRD bekämpfen will.

»Liebe Kolleg*innen, für mich ist es eine große Ehre, heute und hier sprechen zu dürfen.

Der russische Einmarsch in die Ukraine hat viele von uns fassungslos gemacht. Politische Ziele mit Krieg erreichen zu wollen, ist falsch und funktioniert auch nicht. Wir müssen fragen, wie es dazu kommen konnte. Wer nicht versucht, die Ursachen zu identifizieren, wird auch keine Ansätze für Lösungen finden. Tatsache ist, dass in der Ostukraine nicht erst jetzt, sondern schon seit acht Jahren Krieg geführt wird, mit bisher 14.000 zivilen Todesopfern, darunter Hunderte Kinder.

Nach dem 24. Februar erreichte mich ein Brief von russischen Kolleginnen und Kollegen. Die Petition 'Utchitelja protiv vojny – Lehrkräfte gegen den Krieg' wurde bis zum 4. März von mehr als 5.000 Lehrkräften aus ganz Russland namentlich unterzeichnet. Dort heißt es unter anderem:

‘Wir sind Lehrkräfte und Gewalt widerspricht dem Wesen unseres Berufes. In der Hitze des Krieges sterben unsere Schüler. Krieg führt unvermeidlich zu einer Zuspitzung der sozialen Probleme unseres Landes. Wir unterstützen die Antikriegsproteste und fordern einen sofortigen Waffenstillstand.’

Ich dachte sofort: Ja, richtig. Wir pädagogisch Beschäftigten müssen auf unsere Regierungen einwirken, eine friedliche Politik zu betreiben. Ohne Frieden ist alles nichts. Bildung und Frieden bedingen einander. Menschen können nur zur Schule gehen, wenn diese Schule steht.

Die ukrainische und die russische Seite haben sich nun schon mehrfach zu Verhandlungen über einen möglichen Waffenstillstand getroffen. Was macht die Bundesregierung? Anstatt diese Bemühungen zu unterstützen, kündigt sie jedes Mal am Vorabend der Verhandlungen neue Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet an. Ganz abgesehen davon, in wessen Hände diese Waffen dann fallen und wer damit worauf schießen wird, ist klar, dass damit die Opferzahlen steigen werden, dass der Krieg weiter angeheizt wird.

Nicht nur das. Bundeskanzler Scholz holt seine nächste Bazooka raus, um in seinem Sprachgebrauch zu bleiben. Zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt und 100 Milliarden Euro extra für die Hochrüstung der Bundeswehr, Wenn wir jemals 100 Milliarden für Bildung ausge-

geben hätten, würden wir jetzt nicht in Deutschland in einer nie dagewesenen Bildungsmisere stecken.

Die USA und Russland haben zusammen etwa 10.000 atomare Sprengköpfe. Geraten beide Seiten in einen Krieg, wird damit die Erde in Schutt und Asche gelegt. Glaubt die Bundesregierung ernsthaft, mit mehr Kriegsgerät die Sicherheitslage zu verbessern? Und es dürfte ja allen klar sein, wo dieses Geld herkommen wird. Dabei ist unsere soziale Infrastruktur, egal ob Schulen oder Krankenhäuser, jetzt schon durch den enormen Spardruck zerrüttet. Für die Aufrüstung gilt Scholzens schwarze Null aber nicht. Bezahlen wird dafür die Bevölkerung in diesem Land.

Ich will euch nur ein Beispiel aus der letzten Woche quasi als Vorgeschmack geben. In Berlin erhielten alle Schulleitungen Post von der Senatsverwaltung für Bildung. Darin wurde ihnen angekündigt, dass alle Verwaltungen jetzt sparen müssen. Jede Schule hatte bisher ein kleines Budget (sog. Verfügungsfonds) für dringende Reparaturen, Anschaffungen oder Honorare. Von den bisher etwa 25.000 Euro bleiben der Schule jetzt nur noch 3.000 pro Jahr.

Anstatt zu kürzen, brauchen wir Investitionen!

Wir brauchen mehr Ausbildung und mehr Personal!

Wir brauchen Bildung statt Bomben, Herr Bundeskanzler!

A.B. 21. März 2022 ■



Am 18. März vor dem Brandenburger Tor · Foto: Ingo Müller



Foto: Ingo Müller

Bundestagssitzung im »Kriegsmodus«

Die Bundesregierung hat, angesichts der militärischen Aggression Russlands in der Ukraine, eine Kehrtwende vollzogen. Statt des Versuchs, durch diplomatische Initiativen die Konfrontation zu entschärfen, damit die deutschen Wirtschaftsinteressen nicht unnötigerweise leiden, ist sie auf den durch Washington forcierten Kriegskurs eingeschwenkt. Die Ukraine wird jetzt durch Waffenlieferungen auch aus der BRD militärisch unterstützt. In die osteuropäischen NATO-Staaten werden verstärkt Verbände der schnellen Eingreiftruppe verlegt. Die deutsche Aufrüstung wird durch ein 100 Milliarden schweres »Sondervermögen Bundeswehr« vorangetrieben. Dafür will der sonst so »sparsame« Finanzminister Lindner (FDP) sogar neue Kredite aufnehmen; die 100 Milliarden Euro sollen durch eine erhöhte Neuverschuldung aufgebracht werden. Die von den USA verlangte Steigerung des Kriegs-/Wehretats auf mindestens zwei Prozent des BIP werde zukünftig erfüllt, erklärte Bundeskanzler Scholz in seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022. Auch die Aufrüstungsvorhaben der EU, wie die gemeinsame Produktion eines Kampfflugzeuges oder die Anschaffung von Kampfdrohnen, sollen forciert werden. Des Weiteren werden die Investitionen und Anstrengungen erhöht, um die BRD unabhängiger von russischen Erdgas- und Erdölimporten zu machen. Ein umfassender Wirtschaftskrieg gegen Russland wird vorbereitet. Er sieht vor Russland aus SWIFT, dem internationalen Finanzierungssystem der Banken, auszuschließen. Begonnen wird vorerst mit sieben russischen Banken, weitere bleiben ausgenommen, um die Bezahlung von Erdgasimporten und die Rückzahlung russischer Schulden nicht zu gefährden.

Die USA sind der große Profiteur der Zunahme und Zuspitzung der Spannungen. Sie begannen 2014 mit der Annexion der Krim und dem seither geführten Stellvertreterkrieg um die Volksrepubliken im Donbass und gipfelte im militärischen Überfall der russischen Armee

auf die Ukraine vor wenigen Tagen. Die NATO-Staaten sind sich seither so einig wie selten in den letzten Jahrzehnten. Eine eigenständige Politik der EU, die den Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderläuft, ist in weite Ferne gerückt. Ebenso ein durch Vereinbarungen und Verträge abgesichertes Nebeneinander von EU und Russland.

Es ist müßig, sich darüber zu streiten, wer die Schuld für den Ausbruch des Krieges trägt. Es sind die Triebkräfte in einer globalisierten kapitalistischen Welt, welche die Welt- oder Regionalmächte bei der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen – und somit zugleich geostrategischen Ambitionen – in zunehmende Konflikte treiben. Die zahlreichen Stellvertreterkriege, die auch nach der Beendigung der Blockkonfrontation vor drei Jahrzehnten das internationale Geschehen beeinflussten und bestimmten, sind Folge dieser Triebkräfte.

Für uns wird die alte Losung, die schon vor dem Ersten Weltkrieg entstand, erneut aktuell: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Deshalb gehört zu unserem Selbstverständnis¹: Wir kritisieren und bekämpfen Aufrüstung, Waffenexporte und Kriegstreiberei im eigenen Land. Wir sind Gegner von Auslandseinsätzen der Bundeswehr wie auch der weiteren Ostausdehnung der NATO. Sie dient als imperialistisches Militärbündnis der Aufrechterhaltung der amerikanischen Vormachtstellung in der Welt. Wir unterstützen die Forderungen aus der Friedensbewegung nach einem Abzug der russischen Streitkräfte aus der Ukraine und nach der Aufnahme von Verhandlungen zur friedlichen Beilegung des Konflikts.

A.B., 3. März 2022 ■

1 Die Tradition der Gruppe Arbeiterpolitik reicht zurück zur Gründung des Spartakusbundes 1917, an der August Thalheimer beteiligt war, und zur Gründung der KPD-Opposition 1928. Siehe auch den Artikel »Vom Entstehen der Systemkonkurrenz zum Zusammenbruch der UdSSR und seinen Folgen heute«.

■ FRÜHER WIE HEUTE:

Die Ukraine im Visier imperialistischer Interessen Deutschlands

Schon vor und im Ersten Weltkrieg weckten die Ukraine und die Krim die Begehrlichkeiten der imperialistischen Mächte, besonders des damaligen Deutschen Reiches.

»Am 2. Mai 1918 wurde Sewastopol von deutschen Truppen besetzt. Damit ist so ziemlich die Einnahme der ganzen Halbinsel vollendet; da schon einige Tage früher Feodosia [Feodossija] fiel, ist die Krim fest in unserer Hand. Zu besonderer Genugtuung kann uns hierbei gereichen, dass der mächtige Seehafen Sewastopol, Flottenstation ersten Ranges, zu deren Bezwingung die vereinigten Franzosen, Engländer, Italiener und Türken einst andert-halb Jahre brauchten, sich den deutschen Streitkräften in einem einzigen Tage ergeben hat.« Dies vermeldete die »Bug-Zeitung, Feldzeitung der Heeresgruppe Eichhorn«, stolz am 22. Mai 1918.

Der Aufruf »An die deutschen Soldaten. Genossen! Vorwärts!« herausgegeben vom »Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Ukraine« nach dem Ausbruch der Novemberrevolution 1918 vermittelt ein Bild der gesell-

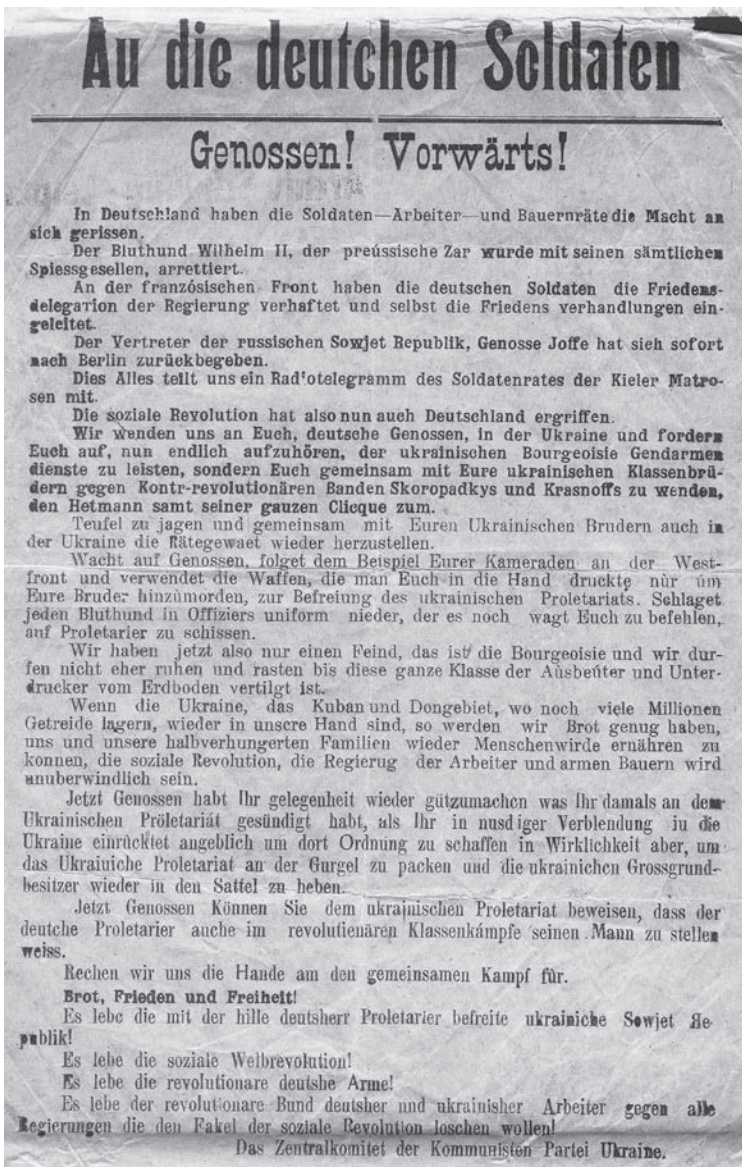


schaftlichen Kämpfe bei der Entstehung der Ukraine als Nationalstaat. Dort heißt es: »Wacht auf Genossen, folget dem Beispiel Eurer Kameraden an der Westfront und verwendet die Waffen, die man Euch in die Hand drückte, nur um Eure Brüder hinzumorden, zur Befreiung des ukrainischen Proletariats. Schlaget jeden Bluthund in Offiziersuniform nieder, der es noch wagt Euch zu befehlen, auf Proletarier zu schießen. [...] Wenn die Ukraine, das Kuban und Dongebiet, wo noch viele Millionen Getreide lagern, wieder in unserer Hand sind, so werden wir Brot genug haben, uns und unsere halbverhungerten Familien wieder menschenwürdig ernähren zu können, die soziale Revolution, die Regierung der Arbeiter und armen Bauern wird unüberwindlich sein.«

Deutsche Interessen und ukrainischer Nationalismus vor und während des II. Weltkrieges

1918 hatten die kaiserlichen Truppen in der Ukraine die konterrevolutionären Kräfte bei der Zerschlagung der Räterepublik militärisch unterstützt. Mit Beginn und während des Zweiten Weltkrieges geriet die Region erneut ins Visier deutscher Eroberungs- und Ausbeutungspläne. In der großteils zu Polen gehörenden Westukraine hatte sich Ende der 1920er Jahre eine rechtsextreme ukrainische Nationalbewegung gegründet, die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Sie verübte Anschläge auf polnische Einrichtungen und Politiker sowie die polnische Heimatarmee. 1929 wurden die »zehn Gebote« als Kernprogramm der Organisation angenommen, auch als Dekalog der OUN bezeichnet:

1. Du wirst den ukrainischen Staat erkämpfen oder im Kampf für ihn sterben.
2. Du wirst niemandem erlauben, den Ruhm und die Ehre deiner Nation anzuschwärzen.
3. Erinnerung an die großen Tage unserer Befreiungskämpfe.
4. Sei stolz darauf, dass du der Erbe des Kampfes für den Ruhm des Trysub [Wappen] von Wolodymyr bist [Wladimir I. Swjatoslawitsch, Großfürst von Kiew bis 1015].
5. Räche dich für den Tod der großen Ritter.
6. Sprich nicht über die Sache, mit wem es möglich ist, aber mit wem es notwendig ist.
7. Du sollst nicht zögern, die allergefährlichste Tat zu begehen, wenn die Sache dies verlangt.
8. Begegne den Feinden deiner Nation mit Hass und rücksichtslosem Kampf.
9. Weder Bitten noch Drohungen noch Folter noch Tod werden Dich zwingen, Geheimnisse zu verraten.
10. Du wirst dich bemühen, die Macht, den Reichtum und den Ruhm des ukrainischen Staates zu erweitern.





«Heil Hitler! Heil Bandera! Lang lebe der Ukrainische Unabhängige Staat! Lang lebe unser Führer S. Bandera». Schloss Schowkwa, Juli–August 1941. · Foto: wikipedia

Nach 1933 nahm die OUN Kontakt zum NS-Regime auf, vor allem zur Reichswehr und deren Abwehrchef Admiral Canaris.

Mit dem Hitler-Stalin-Pakt wurde Polen zwischen Deutschland und der Sowjetunion (SU) aufgeteilt und militärisch besetzt. Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht wurde von der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung als Befreiung vom polnischen Joch begrüßt, während etwa 30.000 Ukrainer aus dem sowjetisch in den deutsch besetzten Teil Polens flohen. Es waren die besitzenden Klassen und deren nationalistische Organisationen, auf die sich der deutsche Faschismus auch in der Ukraine stützen konnte. Die OUN beteiligte sich 1941 am Angriff auf die SU und marschierte zusammen mit der Wehrmacht in den sowjetisch beherrschten Teil der Ukraine ein. Ihre Hoffnungen auf die Errichtung eines formal unabhängigen Staates erfüllten sich allerdings nicht. Das NS-Regime hatte andere Pläne. Das Gebiet wurde aufgeteilt in das Generalgouvernement Polen und Ostgalizien sowie das Reichskommissariat Ukraine. Statt über einen formal eigenständigen Staat wollte sich das Deutsche Reich den direkten Zugriff auf die Reichtümer der Ukraine sichern, auf die Kornkammer im Westen und auf die Bodenschätze und Industrieanlagen im Osten, am Schwarzen Meer. Auf die Ausrufung eines eigenen Staates durch die OUN reagierte die Wehrmacht deshalb mit der Verhaftung von deren Führung, z.B. von Stepan

Bandera. Trotzdem meldeten sich zehntausende OUN-Mitglieder (bis zu 80.000) freiwillig bei der Waffen-SS und örtlichen Polizeibehörden und beteiligten sich an den zahlreichen antisemitischen Massakern. 1943 kämpften allein in der SS-Division Galizien 17.000 Freiwillige ukrainischer Herkunft.

Im Herbst 1944, im Angesicht der drohenden militärischen Niederlage, wurden die inhaftierten Führungsmitglieder der OUN aus den Konzentrationslagern entlassen, um sie für die Wehrmacht an der Ostfront einsetzen zu können. Der rasche Vormarsch der Roten Armee vereitelte diese Pläne. Mit der militärischen Niederlage Deutschlands allerdings gaben die ukrainischen Nationalisten ihren Kampf für einen unabhängigen, antikommunistisch ausgerichteten Nationalstaat nicht auf. Sie führten ihren bewaffneten Kampf gegen die SU und die Rote Armee aus dem Untergrund bis 1954 fort. Die OUN, finanziert von der CIA und unterstützt vom BND, hatte ihr Auslandsbüro in München, das bis zur Ermordung von Stepan Bandera geleitet wurde. Hier fanden ehemalige Nazis und Gestapomitglieder, die führend beim Aufbau des Bundesnachrichtendienstes (BND) waren, und ihre ehemaligen ukrainischen Hilfstruppen wieder zusammen im Kampf gegen die kommunistische bzw. bolschewistische Gefahr.

Der Kampf um die Westanbindung der heutigen Ukraine

Es sollte allerdings vier Jahrzehnte dauern, bevor das deutsche Kapital seinen Einfluss wieder nach Osteuropa ausdehnen konnte. Nach der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch der SU war der Weg frei für die deutsche Expansion nach Osten, diesmal eingebunden als wirtschaftlich stärkstes Mitgliedsland im Rahmen der EU. Wo sich die Staaten nicht freiwillig in das westliche Lager, in EU und NATO, einordnen wollten, wurde der Weg freigeschossen, wie im Krieg und Bürgerkrieg beim Zerfall von Jugoslawien mit der sich anschließenden Aufteilung in national-autoritär geführte Klein- und Kleinststaaten.

Die Ukraine, flächenmäßig nach Russland das zweitgrößte Land Europas, geriet zunehmend ins Visier der EU als auch der NATO. Die wirtschaftliche und soziale Instabilität des Landes, die tiefe kulturelle (zwischen ukrainisch- und russisch-sprachiger Bevölkerung) als auch politische Spaltung bot genügend Ansatzpunkte, um von außen Einfluss auf die Ausrichtung des Staates zu nehmen. So versuchte während der »orangenen Revolution« im November 2004 die damalige Bundesregierung durch die massive Unterstützung der »Allukrainischen Vereinigung Vaterland« von Julija Tymoschenko, einer milliardenschweren und korrupten Oligarchin, die Westorientierung und einen möglichen EU-Beitritt voranzutreiben. Als dies 2014 zu scheitern drohte, gehörte die BRD zu den Unterstützern des als Euro-Maidan bezeichneten Staatsstreiches, mit dem Präsident Janukowitsch gestürzt wurde, nachdem er das Assoziierungsabkommen mit der EU aufgekündigt hatte. Ob nun direkt beabsichtigt oder nicht, die massive Unterstützung prowestlicher Parteien und Strömungen sollte in der Folge den Einfluss ultranationalistischer Kräfte fördern.



Am 14. Januar 2014 zierte ein großes Portrait von Bandera den Eingang des Kiewer Rathauses

Foto: wikipedia

Zum Nationalhelden der ukrainischen Patrioten war inzwischen der ehemalige Vorsitzende der OUN, Stepan Bandera, aufgebaut worden. Ein Riesenporträt zierte während der Maidan-Proteste die Fassade des Bürgermeisteramtes von Kiew. Die militante Speerspitze der Euro-Maidan-Proteste bildete der »Rechte Sektor« mit seinen faschistischen Strukturen und Parteien. Daraus entstand nach der Abspaltung von Luhansk und Donezk das faschistische Asow-Regiment. Es wurde hauptsächlich im Krieg gegen die Volksrepubliken Luhansk und Donezk eingesetzt; sein Ansehen wuchs mit den militärischen Erfolgen im Krieg gegen die Volksrepubliken. Zeitweilig in die reguläre Armee eingegliedert, gehört das Asow-Regiment mittlerweile zur Nationalgarde, die dem Innenministerium untersteht.

Ultranationalistische als auch faschistische Gruppierungen haben seither einen immer stärkeren Einfluss auf die politischen Verhältnisse in der Ukraine gewonnen. Das Minsker Abkommen, unter deutscher und französischer Beteiligung, konnte gegen den Widerstand von nationalistischer Seite von der ukrainischen Regierung nicht umgesetzt werden, falls sie überhaupt die Absicht hatte. Ultranationalisten bestimmen mittlerweile zunehmend das Kriegsgeschehen und die Propaganda auf Seiten der ukrainischen Regierung. Die setzt mit ihren Durchhalteparolen nicht auf Kompromisse für einen



Julija Tymoschenko spricht am 22. 2. 2014 auf dem Maidan zu den Demonstranten.

Foto: wikipedia

möglichen Waffenstillstand. Sie versucht die militärischen Auseinandersetzungen in die Länge zu ziehen, forderte und erhält inzwischen die dafür nötigen Rüstungsgüter auch durch die Bundesregierung.

In einem kürzlich ausgestrahlten Interview fragte der FOX News-Journalist Brett Baier den ukrainischen Präsidenten Selenskyj: »Ich möchte, dass Sie etwas für uns klären. Es gibt Berichte über das Asow-Bataillon, das in Ihrem Land als paramilitärische Nazi-Organisation gilt, und es gibt Berichte, dass sie Gräueltaten verübt haben. Was sollten amerikanische Bürger über ukrainische Einheiten wie das Asow-Bataillon wissen?« »Asow ist, was es ist, sie haben das Vaterland verteidigt. Alle diese Bataillone wurden in die Streitkräfte des Landes integriert. Die Asow-Kämpfer agieren nicht mehr autonom, sondern stehen in den Reihen der ukrainischen Armee. Im Jahr 2014 gab es einige Fälle, in denen einige unserer Freiwilligen gegen die Gesetze verstoßen haben und ins Gefängnis gekommen sind. Das Gesetz steht über allem«, antwortete der ukrainische Präsident mit völliger Selbstverständlichkeit.

Die »Geister der Vergangenheit« hatten und haben wieder ihr Haupt erhoben. Die militärische Aggression Russlands führte nur zu einer weiteren Stärkung der ultranationalistischen Kräfte, z.B. in den baltischen Staaten oder in Polen, aber auch in Russland selbst. Ein Beleg dafür ist die Rede Putins an die Nation vom Dezember 2021. Sie bestand aus einer Mischung von nationalen Mythen und Legenden aus der Zarenzeit, aus Erinnerungen an die einstige Größe der UdSSR und an die Opfer im »Großen Vaterländischen Krieg« von 1941 bis 1945. Damit sollen die Emotionen in der russischen Bevölkerung, die mit der Erinnerung an diese Opfer verknüpft sind, genutzt werden für die eigenen nationalen, sprich imperialistischen Ziele. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine stärkt die Kräfte des Nationalismus und Rechtsextremismus in zahlreichen europäischen Ländern. Er fördert auch in der BRD das uralte, seit dem I. Weltkrieg gemalte Bild von Russland als dem Erzfeind, den es zu vernichten gilt.

A.B. 10. April 2022 ■

Die sogenannte Ukraine-Krise

Der Zerfall und das Ende der Sowjetunion (SU) 1992 bedeutete zugleich das Ende des Warschauer Paktes, eines Militärbündnisses unter Führung der SU, als Antwort auf die Gründung der Nato unter Führung der USA in den frühen 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Nato war ausdrücklich gegen die SU und ihre Verbündeten gerichtet, die militärische Antwort auf das feindlich definierte »Sozialistische Lager«.

Nachdem es nach 1992 weder eine Sowjetunion noch ein sozialistisches Lager mehr gab, folglich auch kein Militärbündnis der Warschauer Pakt-Staaten, existierte dennoch die Nato weiter fort – nunmehr gegen ein klar kapitalistisches Russland und später noch gegen die VR China.

Die politisch naive Führung Russlands unter Gorbatschow und später unter Jelzin erwartete – wenn nicht schon eine Auflösung auch der Nato – einen Verzicht auf deren Erweiterung nach Osten hin, also an die Grenzen des eigenen Landes, also ein Ende der politischen und militärischen Konfrontation mit den maßgeblichen europäischen Staaten und der USA.

Allein die USA hatten und haben jährliche Militäretats, die so groß sind, wie die der nächstfolgenden zehn Staaten zusammengenommen. Aus diesen Mitteln wurde auch die Entwicklung der digitalen Technologien und des Silicon Valley und der Weltraumprogramme wesentlich (mit) finanziert. Mit ihrer Währung, dem US-Dollar, kontrolliert die führende US-Bourgeoisie bedeutende Felder des internationalen Handels und setzt Maßstäbe für die Regeln auf den internationalen Märkten. In der vom Konkurrenzkampf bestimmten kapitalistischen Welt sichert die militärische Macht zugleich die wirtschaftliche Geltung.

Seit den 90er Jahren sinkt jedoch das ökonomische Gewicht der USA relativ zum Gewicht der Europäischen Union, und dort speziell der Euro-Zone, und zunehmend auch Chinas. Russland exportiert nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers weniger Industriewaren, dafür mehr Rohstoffe, insbesondere Erdgas und Erdöl, bleibt dennoch nach den USA stärkste Militärmacht, vor allem bei Atomwaffen.

Die US-amerikanische Bourgeoisie hat es so mit drei ökonomischen Konkurrenten zu tun, die ihre Hegemonie bedrohen. Das sind die »befreundeten« Rivalen der EU mit einem Markt von rd. 450 Millionen Einwohnern, die »feindlichen« Konkurrenten China (ca. 1,4 Milliarden Einwohner) und Russland (über 140 Millionen Einwohner).

Das erklärt ihr Auftreten auf den Plätzen der Weltpolitik: Die Absicht der sogenannten Osterweiterung der Nato bis an die Grenzen Russlands, die Militärbündnisse und Manöver im Pazifik mit Australien, Japan u. Taiwan unter Einbeziehung von europäischen Staaten wie Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich u. a.

Die Provozierung und Aufrechterhaltung von politischen und militärischen Spannungen in Europa, die den »Schutzschirm« der USA unverzichtbar machen,



Foto: Ingo Müller

und die gleichzeitig den Rivalen Russland wirtschaftlich schwächen, liegen ebenso im unmittelbaren Interesse der US-Bourgeoisie, wie die Steigerung der finanziellen Beiträge der Verbündeten zum Militäretat der Nato (mind. 2 Prozent des BIP).

Dabei werden aber auch Interessenkonflikte deutlich, wenn beispielsweise das russische Erdgas (Nord Stream 2) durch das deutlich teurere US-amerikanische verflüssigte Fracking-Gas ersetzt werden soll, wie es die US-Regierung und die »Atlantiker« in den deutschen Medien und Parlamenten fordern.

Tatsächlich sind den meisten US-amerikanischen und europäischen Politikern die Ukraine und die Ukrainer wahrscheinlich ebenso gleichgültig, wie die seziionistischen Uiguren in China. Dass Russland erneut die Krim aus der Hand geben wird, wird wohl auch niemand ernsthaft erwägen. Tatsächlich zeigt die Lage an der ukrainischen Grenze zu Russland, welchen Aufwand die russische Regierung betreiben muss, um überhaupt erneut Verhandlungen über einen Stopp der Nato-Osterweiterung in Gang zu bringen – wie schwach ihre Position im Laufe der Jahrzehnte geworden ist. Aus russischer Sicht ist die Aufrechterhaltung eines offensichtlich gegen Russland (und natürlich auch China) gerichteten Militärbündnisses wohl eine unbegründete feindselige Handlung, eine gezielte Provokation. Die anhaltenden Spannungen nützen tatsächlich weder der Ukraine noch Russland, aber sie stärken wieder die Position und den Einfluss der wechselnden US-Regierungen in Europa, die deshalb wahrscheinlich weder an deren Beendigung noch an einer kriegerischen Eskalation mit ungewissem

Ausgang Interesse haben können. Dafür schwächen sie diejenigen Regierungen in Europa, die mehr Unabhängigkeit vom US-amerikanischen Diktat haben wollen, was sich z. Zt. vor allem am Schwanken der deutschen Bundesregierung in der Haltung zu China und zur Pipeline Nord Stream 2 zeigt.

■ 3. MÄRZ 2022

Die sogenannte Ukraine-Krise (Teil II) – Eine Skizze

Der gegenwärtige Krieg Russlands in der Ukraine ist eine Folge eines größeren geopolitischen Konflikts. Am Ende der Blockkonfrontation nach dem Zerfall und der Auflösung der Sowjetunion (SU) Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts blieb Russland gleichwohl nach den USA stärkste Militärmacht, vor allem beim nuklearen Droh- und Abschreckungspotential. Die Nato-Staaten erweiterten ihren Einfluss nach Osteuropa durch Aufnahme ehemaliger Ostblockstaaten in die Europäische Union (EU) und in die Nato. Zwar hatte es Zusagen an Russlands Regierung gegeben, keine Erweiterung der Nato an die russischen Grenzen vorzunehmen – der russischen Regierung ging es dabei vor allem um die Beibehaltung ihrer Fähigkeit zum nuklearen Zweitschlag, ggf. nachdem sie selbst Opfer eines nuklearen Angriffs einer anderen Macht, d. h. eines Erstschlags, (d. h. der USA) geworden wäre. Mit entsprechenden Angriffswaffen der Nato unmittelbar an ihren Grenzen wäre ihr Zeitfenster für einen Zweitschlag geschlossen worden.

Auf wirtschaftlichem Gebiet war Russland für die USA wenig interessant; der Handel zwischen beiden Staaten ist unbedeutend. Umso wichtiger war und ist die Handelsbeziehung für viele Staaten der EU, vor allem fossilen Energieträgern (Kohle, Erdöl und Erdgas); für die deutsche Wirtschaft vor allem auch im Werkzeug- und Maschinenbau.

Im 21. Jahrhundert änderte sich die Weltlage vor allem durch den wirtschaftlichen (und auch militärischen) Aufstieg Chinas. Das rasante Wirtschaftswachstum, das mit militärischer Aufrüstung, dem Auf- und Ausbau wirtschaftlicher Infrastrukturprojekte einherging, umschloss auch die US-Wirtschaft, die in wichtigen Bereichen von chinesischen Lieferanten abhängig wurde (z. B. Montageleistungen für die Digitalbranche). Der chinesische Markt und sein Potenzial mit einer Bevölkerung von ca. 1,4 Milliarden Menschen ist selbst in seinem noch nicht vollständig entwickelten Stadium eine Bedrohung für die weltweit führende Stellung, die viele Jahrzehnte lang unangefochten die US-Bourgeoisie innehatte. China wurde so zum geostrategischen Hauptkonkurrenten der USA und löst damit das vormalige sozialistische Lager unter der Führung Russlands ab. Gleichwohl blieb die nukleare Kapazität Russlands ein gewichtiger Faktor für den Fall, dass es zu einem kriegerischen Konflikt der USA und ihrer Verbündeten gegen China kommen und Russland sich auf die Seite Chinas schlagen sollte, was wahrscheinlich wäre.

Mit der Integration der Ukraine in die EU und in die Nato, und damit der Frontverschiebung der Nato an die



Grenze Russlands, wäre die EU in weit höherem Maße als bisher Teil der Front gegen China und Russland unter der Führung der USA, was – wie sich gegenwärtig zeigt – weitreichende Folgen für eine Militarisierung der Gesellschaft mit sich bringen wird.

Nachdem die Nato-Staaten eine politische Vereinbarung mit Russland über die Nicht-Aufnahme der Ukraine mit dem juristischen »Argument« abgelehnt hatten, dass sie einem souveränen Staat nicht verbieten könnten, um Mitgliedschaft zu ersuchen, war für die russische Regierung klar, dass sie auf dem Verhandlungswege nicht weiter kommen würde. Daher wahrscheinlich die Entscheidung, mit Waffengewalt einen Regime-/Regierungswechsel in der Ukraine zu erreichen, um deren Annäherung an Nato und wahrscheinlich auch EU zu unterbinden. Ob diese Rechnung aufgeht, ob die militärischen und politischen Fähigkeiten der russischen Regierung zum Erfolg führen, lässt sich gegenwärtig noch nicht sagen. Ein weiteres Zuwarten jedenfalls hätte der russischen Seite auch keine Vorteile gebracht.

Allerdings sind die politischen und auch ökonomischen Folgen für Russland (und natürlich vor allem für die Ukraine und deren Bevölkerung, die hier als Kampffeld für den geopolitischen Konflikt herhalten muss) dramatisch. Auch für die europäischen Staaten, die nun noch fester an die Seite der US-Bourgeoisie in deren Kampf um weltweite Vorherrschaft gebunden sind, ist die Lage – je nachdem – ungemütlicher geworden. Denn es zeigt sich, wie sehr die europäischen Wirtschaftsräume miteinander vernetzt sind und welche gravierenden Folgen es hat, wenn an die Stelle des Handels Sanktionen treten. Allerdings wird in der Situation auch sichtbar, wie unterschiedlich die einzelnen Volkswirtschaften mit Russland verbunden waren und sind. In Deutschland ist nun die Debatte darüber (wieder-)eröffnet, ob die Laufzeit für die Atomkraftwerke verlängert werden soll, ob die Kohle-Kraftwerke weiter Strom produzieren sollen usw. – und dies unter einer Regierung, an der die Grünen maßgeblich beteiligt sind.

Der Kriegszustand in der Ukraine hat hierzulande vor allem gezeigt, wie gewaltig der Propaganda-Apparat der öffentlichen und privaten Medien ist, wie konzertiert und offenbar auch erfolgreich vor allem mit Halbwahrheiten (die immer ganze Lügen sind), die Akteure in die Guten und die Bösen sortiert werden. Gleichzeitig zeigt sich, wie hilflos damit ein Teil der Friedensbewegung wird, der vorwiegend nach der Moral und nicht nach den Interessen der handelnden Regierungen und ihrer herrschenden Klassen fragt. ■

Vorläufige Thesen zum Ukraine-Krieg

1. Der russische Angriff auf die Ukraine am 24.2. hat auch die meisten von uns überrascht. Wir waren davon ausgegangen, dass durch einen solchen Angriff Russland nichts gewinnen könne: Es würde in einen nicht gewinnbaren Krieg verwickelt. Die ohnehin schwache Wirtschaft würde durch einen solchen Krieg weiter geschwächt. Der Westen würde die Ukraine bedingungslos unterstützen.
2. Diese Einschätzung hat sich jetzt nach dem Angriff nicht geändert. Der russische Einmarsch kann sich als Bumerang erweisen und sich gegen Russland selbst wenden. Die politische Ausrichtung eines Landes lässt sich nicht durch eine militärische Intervention von außen ändern.
3. Die Ukraine war bisher ein ethnisch und politisch tief gespaltenes Land. Eine militärische Aggression von außen wird die Kräfte fördern, die aus der Ukraine ein nationalistisches, antirussisches Bollwerk machen wollen.
4. Alle Versuche Russlands, zwischen die EU und die USA einen Keil zu treiben, sind gescheitert. Die EU hat sich bedingungslos der Strategie der USA unterworfen, die Ukraine ins westliche Lager zu ziehen und sie damit als eurasische Großmacht auszuschalten, wie es der ehemalige US-Präsidiumsberater Brzezinski 1997 formulierte.
5. Die USA hat einen Krieg gewonnen, ohne einen einzigen Schuss abzugeben. Der europäische Kontinent bleibt gespalten. Eine Zusammenarbeit zwischen EU und Russland, die die USA so fürchten, ist auf unabsehbare Zeit ausgeschlossen. Die NATO ist unter der Führung der USA geschlossener denn je seit dem Ende der Blockkonfrontation.
6. In der hiesigen Propaganda wird behauptet, der Angriff auf die Ukraine sei ein beispielloser Bruch des Völkerrechts und total unprovokiert. Natürlich ist der russische Bruch des Völkerrechts nicht beispiellos. Die Angriffskriege gegen Jugoslawien und Irak zum Beispiel waren Völkerrechtsbrüche. Und provoziert wurde der Angriff durch die kontinuierliche Ausdehnung der NATO bis an die russischen Grenzen seit 1997.
7. Der Beschluss der NATO 1997, die osteuropäischen Länder in die NATO aufzunehmen, war im Grunde eine faktische Kriegserklärung an Russland, das sich bemüht hatte, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit dem Westen eine friedliche Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen. George F. Kennan, der Autor der »Eindämmungsstrategie« gegen die Sowjetunion 1947, erkannte das in einem Artikel in der »New York Times« am 5.2.1997: *Meine »Meinung, unverblümt ausgedrückt, ist, dass die Erweiterung der NATO der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg wäre. Es ist zu erwarten, dass eine solche Entscheidung die nationalistischen, antiwestlichen und*



Schon seit Jahrzehnten ist die BRD an allen US-Kriegen über die Air Base Ramstein beteiligt.
Protest am 18. März vor dem Brandenburger Tor

Foto: Ingo Müller

militaristischen Tendenzen in der russischen Meinung anheizen wird; negative Auswirkungen auf die Entwicklung der russischen Demokratie haben wird; die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Ost-West-Beziehungen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in Richtungen treiben wird, die uns entschieden nicht gefallen.» Das, was jetzt passiert, ist die Antwort auf die damalige Kriegserklärung.

8. Der russische Truppenaufmarsch in den Monaten vor dem Angriff auf die Ukraine sah zwar stark aus, war aber bereits ein Zeichen der Schwäche. Wirtschaftlich schwach, innenpolitisch mit schwindender Zustimmung, die sich in immer heftiger Repression äußerte, sollte offensichtlich eine Art Befreiungsschlag versucht werden. Der Westen sollte darauf verzichten, sich weiter auszudehnen, ja, er sollte sogar Expansionsschritte zurücknehmen. Das militärische Wettrüsten mit dem Westen ist für die russische Wirtschaft eine viel größere Belastung als für die westliche. Die Last der Großmachtrolle wurde offensichtlich untragbar.
9. Als der Westen keinerlei Anstalten machte, zurückzuziehen, im Gegenteil an der Sanktionsschraube drehte, tappte Russland in die vom Westen aufgestellte Falle. Die USA konnten es ja nach ihren Verlautbarungen kaum erwarten, dass Russland einmarschiert. Anders sind die wiederholten Ankündigungen eines russischen Einmarsches von Präsident Biden nicht zu interpretieren.
10. Die meisten direkten Opfer wird die Ukraine zu tragen haben. Sie kämpft für ihre Existenz und Unabhängigkeit als Nationalstaat. Indem sie dem russischen Angriff Widerstand leistet, führt sie somit für den Westen einen Stellvertreterkrieg. Aber die russische Armee wird auch einen hohen Blutzoll tragen und die russische Bevölkerung wird aufgrund der Kriegslasten noch weiter verarmen.
11. Aber auch die westeuropäische Bevölkerung wird die Auswirkungen des Krieges zu spüren bekommen. In Deutschland hat Scholz jetzt ein 100 Milliarden-Aufrüstungsprogramm angekündigt. Dies wird die Schuldenlast der Regierung weiter steigern, die u.a. durch die Corona-Maßnahmen schon enorm aufgebläht ist. Das wird zu Streichungen an anderer Stelle führen müssen und insbesondere zur weiteren Verarmung vor allem des unteren Drittels der deutschen Bevölkerung führen.
12. Mit der Ankündigung, sich mit Flüssiggas vom russischen Erdgas unabhängig machen zu wollen, können die Klimaziele der Ampelkoalition getrost zu den Akten gelegt werden. Flüssiggas hat eine CO₂-Bilanz vergleichbar mit Steinkohle.
13. Die EU und Deutschland hatten sich jetzt in die US-Politik gegen Russland ein- und untergeordnet. Eine eigenständige Rolle spielten sie nicht. EU-Politik wird Kriegspolitik, wenn die Kommissionspräsidentin von der Leyen die Aufnahme der Ukraine in die EU ankündigt.
14. Innenpolitisch haben sich, bis auf Teile der Linken und der AfD, alle Parteien der Anti-Russland-Kriegspolitik angeschlossen und unterworfen. Sie sind bereit das Risiko einer unkontrollierbaren Ausweitung des Krieges einzugehen. Die russische Regierung hat ihre Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt. Ist es auszuschließen, dass einem ersten Verzweigungsschritt – dem Angriff auf die Ukraine – ein weiterer folgt? Ein Atomwaffeneinsatz?
15. Diesen Kriegskurs müssen wir klar benennen; dazu gehört, dass wir uns keinem der beiden Lager anschließen. Wir unterstützen alle Bemühungen, die eine friedliche Lösung anstreben.

3. März 2022 ■

■ KORRESPONDENZ

Reaktionen auf den Ukraine-Krieg in Griechenland

Große Teile der griechischen Bevölkerung stehen der NATO weitaus kritischer gegenüber, als dies in Deutschland der Fall ist. Dies hat seine Gründe in der Unterstützung der Militärjunta (1967-1974) durch die USA und die CIA. Alljährlich am 17. November wird in Massendemonstrationen zur amerikanischen Botschaft und Gedenkveranstaltungen am Polytechnikum des Aufstandes gegen die Militärdiktatur im Jahr 1973 gedacht.

Es fällt deshalb der griechischen Regierung und der ihr wohlgesonnenen Presse schwerer als der Bundesregierung und unseren Massenmedien, die Beteiligung der NATO am Entstehen des Ukraine-Kriegs zu verschleiern oder zu verschweigen. Wer die Osterweiterung der Nato und deren massive Rüstungsexporte an die Ukraine kritisiert, der relativiert oder rechtfertigt die russische Aggression; diese Unterstellung findet in Griechenland kein so großes Gehör.

Beschäftigte der griechischen Bahn (TRAINOSE) boykottieren den Transport von Rüstungsgütern in die Ukraine

»Wir fordern, dass das rollende Material der Eisenbahn unseres Landes nicht für den Transport von US-NATO-Arsenalen in die Nachbarländer verwendet wird. Wir verurteilen die Drohungen des Arbeitgebers gegenüber den TRAINOSE-Beschäftigten, die sich geweigert haben, sich an der technischen Sicherung der Lokomotiven zu beteiligen, die in diesen Tagen NATO-Panzer aus dem Hafen von Alexandroupolis transportieren.«

Dies berichtete die »Rizospasis«, Zeitung der KKE (Kommunistische Partei Griechenlands) Anfang April über den seit 14 Tagen andauernden Konflikt. Die Gewerkschaften der Arbeiter der chemischen Industrie Nordgriechenlands, der Privatangestellten des Verwal-



Präsident Selenskyj mit den beiden Asow-Brigadisten vor dem griechischen Parlament

tungsbezirks Thessaloniki, der Angestellten der »Speedex«, der Bauarbeiter von Thessaloniki, der Arbeiter der Aufzugswartung, der Arbeiter der Telekommunikationsinformatik von Thessaloniki und der Arbeiter der Lebensmittel- und Getränkeindustrie von Zentralmazedonien, Metall- und Schiffbauindustrie von Zentralmazedonien fordern in einer Resolution:

»Keine Verwicklung unseres Landes in die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine, die für die Profite einiger weniger auf Kosten der Völker ausgetragen werden. Wir prangern die Drohungen der Arbeitgeber gegen TRAINOSE-Arbeiter an, die sich weigerten, an der technischen Sicherung der Lokomotiven teilzunehmen, die in diesen Tagen NATO-Panzer aus dem Hafen von Alexandroupolis transportieren, und wir fordern, dass das rollende Material unseres Landes nicht für den Transport von US-NATO-Arsenal in die Nachbarländer verwendet wird. ... Die Eisenbahner arbeiten für billige, qualitativ hochwertige Transporte für die Menschen und für Waren, die zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse genutzt werden, NICHT um Teil der Beteiligung des Landes an Plänen zu sein, die für die Menschen gefährlich sind, indem sie NATO-Kriegsmaterial in die Außenbezirke der Ukraine transportieren. Wir werden uns nicht mitschuldig machen, wenn die Kriegsmaschinerie durch die Gebiete unseres Landes rollt. ...«

»Selenskyj schleust Rechtsextremisten ins griechische Parlament«

Unter dieser Überschrift berichtete Wassilis Aestopoulos am 8. April über den Auftritt des ukrainischen Präsidenten im griechischen Parlament. Er schreibt u.a.: »Zwar bekennen sich alle relevanten politischen Akteure weiterhin zur Solidarität mit den leidenden Ukrainern. Selenskyjs Ruf als Vorkämpfer für Freiheit, Solidarität und demokratische Werte aber hat in Griechenland und Zypern erheblichen Schaden erlitten.« Was war gesche-

hen? »Nach kurzer Ansprache durch den Parlamentspräsidenten Tasoulas wurde Selenskyj mit Applaus begrüßt. Er hielt eine Rede in dem Stil, den er auch in den anderen Parlamenten seiner Alliierten gewählt hat, wo er historische Parallelen zog. ... Mariupol und Odessa waren einst mit griechischer Beteiligung und Präsenz gegründet worden und beherbergten lange die größten Auslandsge-meinden der Welt. Selenskyj zog Parallelen zum Widerstand der 300 Kämpfer des Spartanerkönigs Leonidas gegen die Perser. Er übernahm die Parole der griechischen Revolutionäre von 1821, ‚Freiheit oder Tod!‘ – und übergab überraschend das Wort an zwei der Verteidiger von Mariupol. Beide gehören der griechischen Minderheit an und kämpfen, wie sie selbst bekannten, für das Asow-Regiment. Das Asow-Regiment gilt in Griechenland wegen seiner Symbolik, der umgekehrten Wolfsangel und, in früheren Abzeichen, der schwarzen Sonne, aber auch aufgrund von Berichten von Geflüchteten der griechischen Minderheit als Synonym für Nazis.«

Der Auftritt löste Empörung auf der Linken des Parlaments aus. Die KKE hatte beschlossen die parlamentarische Sondersitzung zu boykottieren wegen des Verbots der Kommunistischen Partei in der Ukraine und weil zwei Fraktionsmitglieder dort zu unerwünschten Personen erklärt worden waren. »Der Generalsekretär der KKE bekräftigte am Donnerstagmorgen noch einmal seine Kritik an dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, den er als ‚reaktionären Imperialisten‘ einstufte. Er betonte, dass er und seine Partei solidarisch mit der Widerstand leistenden Bevölkerung der Ukraine seien.« Die Partei Mera25 von Yannis Varoufakis war nur durch ihren Fraktionssprecher anwesend. Der Vertreter der Mera25 sowie zahlreiche Parlamentarier von SYRIZA verließen während der Rede aus Protest den Saal. Stehende Ovationen gab es nur von den Abgeordneten der Regierungspartei Nea Demokratia (ND) und der KINAL, ehemals die sozialdemokratische PASOK. Aber auch innerhalb von ND und KINAL gab es kritische Äußerungen zu diesem Auftritt von Selenskyj. 10. April 2022 ■



■ GEDENKEN AN DIE RASSISTISCHEN MORDE IN HANAU AM 19. FEBRUAR 2020

»Kein Vergeben, kein Vergessen!«

Am Samstagnachmittag demonstrierten 2.000 Personen ihre Solidarität mit den Angehörigen der Opfer und Überlebenden des Anschlags vom 19. Februar 2020. Zwei Jahre nach den rassistischen Morden in Hanau hat ein Bündnis verschiedener Jugendorganisationen zu der Demonstration aufgerufen. In Schweigeminuten und Rufen der Namen gedachten sie der Verstorbenen Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtovic, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Paun, Fatih Saraçoğlu.

Cetin Gültekin, Bruder des ermordeten Gökhan Gültekin erklärte: »Dem strukturellen Rassismus setzen wir einen strukturellen Antirassismus entgegen, wo immer möglich. In Schulen, in Theatern, auf Fußballplätzen oder bei Gewerkschaftsversammlungen.«

Armin Adilovic und Mina Masoud (DIDF Jugend Hanau) sagten in ihrer Rede: »Wir lassen es nicht zu, dass ihre Namen in Vergessenheit geraten, denn vergessene Geschichte ist Geschichte, die sich wiederholt!«

Ali Yildirim von der Bildungsinitiative Ferhat Unvar forderte: »Die Lösung kann nicht nur der Einsatz von Selbstorganisationen sein. Es muss sich strukturell viel ändern. In Behörden, Institutionen, Ministerien und in der Parteipolitik.«

In ihrem gemeinsamen Redebeitrag riefen Schüler:innen aus Hanau dazu auf: »Wir junge Menschen müssen Eigeninitiative und Zivilcourage zeigen!«

Elena vom Internationalen Jugendverein (IJV) Hanau machte deutlich: »Aufklärung und Konsequenzen bedeutet für uns, dass die Verantwortlichen in Staat und Behörden zur Rechenschaft gezogen werden und dass die Aufdeckung und Zerschlagung von rechten Netzwerken und Strukturen in Polizei, Bundeswehr und den Sicherheitsbehörden konsequent vollzogen wird!«

Das Bündnis besteht aus der Bildungsinitiative Ferhat Unvar, DGB-Jugend Hanau, DIDF-Jugend Hanau, Fridays for Future Hanau, Grüne Jugend Main-Kinzig-Kreis, dem Internationalen Jugendverein Hanau (IJV), Jusos Main-Kinzig, Linksjugend Main-Kinzig, Schüler:innen der Zeichenakademie und von Berufsschulen und Gymnasien der Stadt Hanau.

Bericht von der Webseite des DGB Südosthessen

Die hier angesprochene Kundgebung hatte am 19.2.2022 um 16 Uhr begonnen und führte in einer Demonstration weiter zu den Anschlagsorten des 19. Februar 2020 in Hanau am Heumarkt und am Kurt-Schuma-

cher-Platz (Arbeiterpolitik Nr. 1/2 2020). Am Morgen des gleichen Tages um 11.00 Uhr hatten Vertreter des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen an beiden Tatorten Kränze niedergelegt. Es gab eine Reihe weiterer Veranstaltungen, z. B. von religiösen Gemeinschaften. In die Kritik geriet aber eine offizielle Veranstaltung der Stadt Hanau und des Landes Hessen um 11 Uhr auf dem Hauptfriedhof an der Gedenk- und Grabstätte der Betroffenen (soweit sie nicht in Nachbarorten, aus denen sie kamen, begraben liegen). Coronaregeln hatten dazu hergehalten, dass die Auswahl der Beteiligten beschränkt wurde – Oberbürgermeister, Ministerpräsident und Bundesinnenministerin waren da, für Angehörige war jedoch nur bedingt Platz. Sie reagierten schon vorab mit folgendem Statement: »Die Zahl der Anwesenden wird auf einen kleinen Kreis beschränkt sein. Wir werden am Samstag nicht mit allen, die wollen, gemeinsam auf dem Hanauer Friedhof sein können. Viele, die sonst an jedem 19. an unserer Seite sind, bleiben durch die Auflagen des Landes Hessen ausgeschlossen. Uns erreichen seit der kurzfristigen Bekanntgabe der Auflagen zahlreiche Nachfragen. Darauf zu reagieren fällt schwer und schmerzt. Wer eingeladen wird und wer nicht, das haben wir, die Familienangehörigen, nicht entscheiden können.«

Gedenken und Solidarität sind nach wie vor groß. Auch in Frankfurt hatte ein Jugendbündnis zur antirassistischen Kundgebung und Demonstration aufgerufen und 1500 Menschen beteiligten sich, ebenso in vielen Städten Deutschlands.

3. März 2022 ■



Fotos: DGB Fototeam Hessen / Rainer Kunze